

**No. 32390**

---

**AUSTRIA  
and  
LIECHTENSTEIN**

**Agreement on mutual assistance in the event of disasters or serious accidents. Signed at Vienna on 23 September 1994**

*Authentic text: German.*

*Registered by Austria on 13 December 1995.*

---

**AUTRICHE  
et  
LIECHTENSTEIN**

**Accord relatif à l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves. Signé à Vienne le 23 septembre 1994**

*Texte authentique : allemand.*

*Enregistré par l'Autriche le 13 décembre 1995.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND  
DEM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN ÜBER DIE GEGENSEI-  
TIGE HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN ODER SCHWE-  
REN UNGLÜCKSFÄLLEN

Die Republik Österreich  
und  
das Fürstentum Liechtenstein,

überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

**Gegenstand**

(1) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Mannschaften und Material.

(2) Hilfeleistungen im Rahmen der herkömmlichen grenzüberschreitenden Nachbarschaftshilfe bleiben unberührt.

**Artikel 2**

**Definitionen**

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

„Einsatzstaat“

denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden den anderen Vertragsstaat um Hilfeleistung ersuchen;

„Entsendestaat“

denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen des anderen Vertragsstaates um Hilfeleistung stattgeben;

„Hilfsmannschaften“ oder „Helfer“

Person(en), die der Entsendestaat zur Hilfeleistung bestimmt;

„Ausrüstungsgegenstände“

das Material und die Fahrzeuge für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften;

„Hilfsgüter“

Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung im Einsatzgebiet bestimmt sind.

### Artikel 3

#### Zuständigkeiten

- (1) Die für die Stellung und die Entgegennahme von Hilfsersuchen zuständigen Behörden sind:
- auf der Seite der Republik Österreich:  
der Bundesminister für Inneres und die Vorarlberger Landesregierung;
  - auf der Seite des Fürstentums Liechtenstein:  
die Regierung des Fürstentums Liechtenstein.
- (2) Die im Absatz 1 genannten Behörden der beiden Vertragsstaaten sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

### Artikel 4

#### Absprachen über Hilfeleistungen

Im Zuge des Hilfsersuchens werden Art und Umfang der Hilfeleistung zwischen den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden abgesprochen, ohne auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu müssen.

### Artikel 5

#### Art der Hilfeleistung

- (1) Die Hilfe wird durch die Entsendung von Hilfsmannschaften, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen.
- (2) Hilfsmannschaften können zur Bekämpfung von Bränden, nuklearen und chemischen Gefahren sowie von sonstigen Katastrophen und schweren Unglücksfällen, insbesondere für medizinische Hilfe, Rettung, Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung eingesetzt werden. Sie sollen nach Möglichkeit über die hierzu erforderliche Ausbildung und über das notwendige Material und Spezialgerät verfügen.

### Artikel 6

#### Grenzübertritt und Aufenthalt

- (1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang und dem Erfordernis einer Aufenthaltsbewilligung oder eines Sichtvermerkes befreit. Es kann lediglich vom Leiter der Hilfsmannschaft ein seine Stellung bezeugender Ausweis verlangt werden.
- (2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Organe bei erster Gelegenheit davon zu unterrichten.
- (3) Sofern dies zur üblichen Ausrüstung zählt, sind die Hilfsmannschaften dazu berechtigt, auf dem Gebiet des Einsatzstaates Uniform zu tragen. Schußwaffen und Munition dürfen auf das Gebiet des Einsatzstaates nicht mitgeführt werden.
- (4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

### Artikel 7

#### Grenzübergang des Materials

- (1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des Einsatzstaates beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübertritt außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, ist dieses bei erster Gelegenheit einer zuständigen Zollstelle zu überreichen.
- (2) Die Hilfsmannschaften dürfen außer Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern keine Waren mitführen.

(3) Auf Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Hilfsgüter können in den Einsatzstaat abgabefrei eingeführt werden, Ausrüstungsgegenstände gelten im Einsatzstaat ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung als zur vorübergehenden Benutzung zugelassen. Soweit Ausrüstungsgegenstände verbraucht werden, bleiben sie frei von allen Zöllen und sonstigen Eingangsabgaben; falls sie nicht verbraucht werden, sind sie wieder auszuführen. Werden Ausrüstungsgegenstände als Hilfsgüter zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der verantwortlichen Behörde des Einsatzstaates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das Recht des Einsatzstaates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaar. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen. Suchtgifte und psychotrope Substanzen dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfes mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört.

#### Artikel 8

##### Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können für alle Arten von Hilfeleistungen eingesetzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von Zollflugplätzen und genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfeinsatz ist der ersuchenden Behörde unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt:

- a) Artikel 6 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;
- b) Artikel 7 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften jedes Vertragsstaates anwendbar, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln. Der jeweilige Flugplan hat einen Hinweis auf dieses Abkommen zu enthalten.

#### Artikel 9

##### Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des Einsatzstaates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden ausschließlich an deren Leiter gerichtet.

(3) Die Behörden des Einsatzstaates leisten den Hilfsmannschaften des Entsendestaates Schutz und Hilfe.

#### Artikel 10

##### Einsatzkosten

(1) Der Entsendestaar hat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust des Materials entstehen.

(2) Im Falle der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der durchgeführten Hilfsmaßnahmen gilt Absatz 1 nicht. Die Kosten des Entsendestaates werden vorrangig ersetzt.

(3) Kosten der Hilfeleistung durch natürliche und juristische Personen, die der Entsendestaats auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der Einsatzstaat.

(4) Die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden während der Dauer des Einsatzes im Einsatzstaat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinischer Hilfe.

#### Artikel 11

##### Schadenersatz und Entschädigung

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle ihm gegen den anderen Vertragsstaat oder dessen Helfer zustehenden Ansprüche auf den Ersatz von

- a) Vermögensschäden, die von einem Helfer des anderen Vertragsstaates im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages verursacht worden sind;
- b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod eines Helfers im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages beruhen.

(2) Wird durch einen Helfer des Entsendestaates im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages im Gebiet des Einsatzstaates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der Einsatzstaat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Helfer verursachten Schadens Anwendung finden. Ein Regreß des Einsatzstaates, der den Schaden ersetzt hat, gegen den Entsendestaats oder dessen Helfer besteht nicht.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten tauschen alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

#### Artikel 12

##### Unterstützung und Wiederaufnahme von Evakuierten

(1) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Evakuierte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige soziale Unterstützung. Der Abgangsstaat erstattet die Kosten der Unterstützung und der Rückführung dieser Personen, sofern sie nicht Angehörige des anderen Vertragsstaates sind.

(2) Jeder Vertragsstaat nimmt Personen, die als Evakuierte von seinem Hoheitsgebiet auf dasjenige des anderen Vertragsstaates gelangt sind, wieder auf. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige des wiederaufnehmenden Vertragsstaates sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Grenzübergang unterstellt.

#### Artikel 13

##### Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere

- a) zur Durchführung von Hilfeleistungen;
- b) zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfseinsätzen auf den Gebieten beider Vertragsstaaten vorsehen;
- c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auf das Gebiet des anderen Vertragsstaates auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften des einen Vertragsstaates auf dem Gebiet des anderen zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäß.

**Artikel 14****Fernmeldeverbindungen**

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen den im Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

**Artikel 15****Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege bereinigt.

**Artikel 16****Kündigung**

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; es tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

**Artikel 17****Andere vertragliche Regelungen**

Bestehende zweiseitige vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten bleiben unberührt; mehrseitige Abkommen nur insofern, als dieses Abkommen keine andere Regelung vorsieht.

**Artikel 18****Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Vaduz ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in dem die Vertragsstaaten die Ratifikationsurkunden ausgetauscht haben.

Geschehen zu Wien, am 23. September 1994 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Republik  
Österreich:

HERBERT GRUBMAYR

Für das Fürstentum  
Liechtenstein:

GRAF MARIO VON LEDEBUR-WICHELN

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN ON MUTUAL ASSIST-  
ANCE IN THE EVENT OF DISASTERS OR SERIOUS AC-  
CIDENTS

The Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein,  
Convinced of the need for cooperation between the two States in order to  
facilitate mutual assistance in the event of disasters or serious accidents,  
Have agreed as follows:

*Article 1*

## PURPOSE

1. This Agreement regulates the basic conditions for voluntary assistance in the event of disasters or serious accidents in the other Contracting State in response to its request, in particular for the use of emergency teams and equipment.
2. Assistance within the framework of traditional transfrontier neighbourly help shall not be affected.

*Article 2*

## DEFINITIONS

For the purposes of this Agreement:

The term “requesting State” means the Contracting State whose competent authorities request assistance from the other Contracting State;

The term “sending State” means the Contracting State whose competent authorities respond to a request for assistance from the other Contracting State;

The terms “emergency team” or “team members” mean the person or persons designated by the sending State to provide assistance;

The term “equipment” means the material and vehicles for the emergency operation, as well as items for personal use and the personal equipment of the emergency teams;

The term “emergency aid supplies” means goods intended for distribution free of charge to the affected population in the area of operations.

*Article 3*

## COMPETENT AUTHORITIES

1. The authorities competent for making and receiving requests for assistance shall be:

<sup>1</sup> Came into force on 1 January 1996, i.e., the first day of the third month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vaduz on 26 October 1995, in accordance with article 18 (2).

— For the Republic of Austria: The Federal Minister of the Interior and the government of the *Land Vorarlberg*;

— For the Principality of Liechtenstein: The Government of the Principality of Liechtenstein.

2. The authorities of the two Contracting States referred to in paragraph 1 may contact each other in the implementation of this Agreement.

#### *Article 4*

##### AGREEMENTS ON ASSISTANCE

When a request for assistance is made, the authorities referred to in article 3, paragraph 1, shall agree on the type and extent of the assistance without having to enter into the details of implementation.

#### *Article 5*

##### TYPE OF ASSISTANCE

1. Assistance shall be provided through the sending of emergency teams, the sending of emergency aid supplies or in another appropriate manner.

2. Emergency teams may be employed for firefighting, controlling nuclear and chemical hazards or other disasters and serious accidents, and in particular for medical aid, rescue, salvage or emergency repairs. They shall, to the extent possible, have the required training for such operations and the necessary materials and special equipment.

#### *Article 6*

##### FRONTIER CROSSING AND RESIDENCE

1. The members of an emergency team shall be exempt from passport, residence permit and visa requirements. The leader of an emergency team may be required only to show identification attesting to his status.

2. In particularly urgent cases, the frontier may be crossed also at points other than the authorized crossing points, irrespective of the normally applicable regulations in force. In such cases, the competent frontier surveillance authorities shall be informed thereof at the first opportunity.

3. To the extent that this is part of their normal equipment, the emergency teams may wear uniforms in the territory of the requesting State. Firearms and ammunition may not be brought into the territory of the requesting State.

4. The facilities referred to in paragraphs 1 and 2 concerning frontier crossings shall apply also to persons who have to be evacuated in case of a disaster or serious accident.

#### *Article 7*

##### FRONTIER CROSSING FOR EQUIPMENT

1. The Contracting States shall facilitate the bringing in and taking out of equipment and emergency aid supplies. The leader of an emergency team shall have only to show the frontier authorities of the requesting State a list of all the equipment



and emergency aid supplies being brought in. If, in particularly urgent cases, the border is crossed at points other than the authorized crossing points, this shall be reported to a competent customs post at the first opportunity.

2. Emergency teams shall bring in no goods other than items of equipment and emergency aid supplies.

3. The prohibitions and restrictions on transfrontier traffic of goods shall not apply to the equipment and emergency aid supplies. Emergency aid supplies may be brought into the requesting State duty free. Equipment shall be regarded in the requesting State as items for temporary use admitted without formal procedures or the posting of security. Equipment shall, if it has been used, be free of all customs and other import duties; if it has not been used it shall be removed from the requesting State. If equipment is left in the requesting State as emergency aid supplies, its type, quantity and location shall be reported to the responsible authorities of the requesting State, who shall notify the competent customs post. In that case, the legislation of the requesting State shall apply.

4. The bringing of narcotic drugs and psychotropic substances into the requesting State and the taking back of non-consumed quantities into the sending State shall also be governed by paragraph 3. Such movement of goods shall not be regarded as import or export traffic within the meaning of the international conventions on narcotic drugs and psychotropic substances.<sup>1</sup> Narcotic drugs and psychotropic substances<sup>1</sup> may be brought in only to meet an urgent medical need and may be used only by qualified medical personnel acting in accordance with the legislation of the Contracting State to which the emergency team belongs.

#### Article 8

##### OPERATIONS INVOLVING AIRCRAFT

1. Aircraft may be used for all types of emergency operations.

2. Each Contracting State shall permit aircraft used in accordance with paragraph 1 and taking off from the territory of the other Contracting State to overfly its territory and to land in and take off from points other than customs airports and approved airfields.

3. The use of aircraft in an emergency operation shall be reported without delay to the requesting authority, together with information as precise as possible on the type and registration of the aircraft and on its crew, cargo, departure time, anticipated route and landing site.

4. The following shall apply, *mutatis mutandis*:

(a) The provisions of article 6 above, to the crew of the aircraft and the emergency teams being carried;

(b) The provisions of article 7 above, to the aircraft and other equipment and emergency aid supplies carried therein.

5. Subject to the provisions of paragraph 2, the air traffic legislation of each Contracting State shall apply, in particular, the obligation to transmit flight informa-

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1582, No. I-27627.

tion to the competent control bodies. The flight plan in question must contain a reference to this Agreement.

### *Article 9*

#### COORDINATION AND CONTROL

1. In all cases, the authorities of the requesting State shall be responsible for coordinating and directing the rescue and emergency operations.
2. Instructions for the emergency teams of the sending State shall be transmitted solely to their leaders.
3. The authorities of the requesting State shall extend protection and assistance to the emergency teams of the sending State.

### *Article 10*

#### OPERATIONAL COSTS

1. The sending State shall have no claim against the requesting State for reimbursement of the cost of the assistance provided. This shall also apply to costs arising from consumption, damage or loss of material.
2. Where the cost of the assistance carried out is partially or completely recovered, paragraph 1 shall not apply. The costs of the sending State shall be given priority as regards reimbursement.
3. The cost of an emergency operation carried out by a natural or juridical person, which the sending State provides only on request, shall be borne by the requesting State.
4. The emergency teams of the sending State shall be provided with food and lodging throughout the operation at the expense of the requesting State and supplied with goods for their own use if the stocks brought with them have been exhausted. They shall also receive logistical help, including medical treatment, in case of need.

### *Article 11*

#### DAMAGES AND COMPENSATION

1. Each Contracting State shall waive all claims for compensation against the other Contracting State or its team members:
  - (a) For damage to property caused by a team member of the other Contracting State in the line of duty;
  - (b) For damage relating to injury, damage to health or the death of a team member incurred in the line of duty.
2. Where, in the territory of the sending State, damage is done to third parties by a team member of the sending State in the line of duty, the requesting State shall incur liability for the damage in accordance with the provisions that would have applied if such damage had been done by members of its own team. The requesting State which has compensated for the damage shall have no recourse against the sending State or its team members.

3. The authorities of the Contracting States shall exchange all the information at their disposal concerning cases involving damage within the meaning of this article.

#### Article 12

##### SUPPORT AND READMISSION OF EVACUEES

1. Persons who, in the event of a disaster or serious accident, have crossed from one Contracting State to the other as evacuees shall receive the necessary public assistance in that State until the earliest opportunity for their return. The State of original departure shall reimburse the cost of such assistance and repatriation, unless the evacuees are citizens of the other Contracting State.

2. Each Contracting State shall take back into its territory persons who crossed from that territory into the territory of the other Contracting State as evacuees. Any such persons who are not citizens of the Contracting State into which they are returning shall retain the same alien status as before their departure.

#### Article 13

##### OTHER FORMS OF COOPERATION

1. The authorities referred to in article 3 shall cooperate in accordance with their respective national laws, in particular:

- (a) For carrying out assistance operations;
- (b) For preventing and countering disasters or serious accidents, by exchanging all relevant scientific and technical information and organizing meetings, research programmes, specialized courses and emergency-operation drills in the territory of both Contracting States;
- (c) For exchanging information on risks and damage which may affect the territory of the other Contracting State; this exchange of information shall include precautionary measuring data.

2. The provisions of this Agreement shall apply, *mutatis mutandis*, to joint drill exercises in which the emergency teams of one Contracting State operate in the territory of the other State.

#### Article 14

##### TELECOMMUNICATION LINKS

The competent authorities of the Contracting States shall together make the necessary arrangements for the use of telecommunication and, in particular, radio links between the authorities referred to in article 3, between those authorities and the emergency teams sent by them, between the emergency teams themselves and between the emergency teams and their leaders.

*Article 15*

## SETTLEMENT OF DISPUTES

Disputes relating to the implementation of this Agreement which cannot be settled directly by the competent authorities referred to in article 3 shall be resolved through the diplomatic channel.

*Article 16*

## DENUNCIATION

This Agreement is concluded for an indefinite period and may be denounced at any time in writing through the diplomatic channel; it shall cease to have effect six months after denunciation.

*Article 17*

## OTHER CONTRACTUAL ARRANGEMENTS

Existing bilateral contractual arrangements between the Contracting States shall be unaffected, and multilateral agreements only to the extent that this Agreement provides for no other arrangement.

*Article 18*

## ENTRY INTO FORCE

1. This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged in Vaduz.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month after the month in which the Contracting States have exchanged the instruments of ratification.

DONE at Vienna, on 23 September 1994, in two originals, in the German language.

For the Republic  
of Austria:

HERBERT GRUBMAYR

For the Principality  
of Liechtenstein:

MARIO VON LEDEBUR-WICHELN

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA PRINCIPAUTÉ DU LIECHTENSTEIN RELATIF À L'ASSISTANCE MUTUELLE EN CAS DE CATASTROPHES OU D'ACCIDENTS GRAVES

La République d'Autriche et la Principauté du Liechtenstein,

Convaincues de la nécessité d'une coopération entre les deux Etats afin de faciliter l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

OBJET

1) Le présent Accord énonce les conditions générales de la prestation volontaire d'assistance en cas de catastrophes ou d'accidents graves dans l'autre Etat contractant et à sa demande, notamment en ce qui concerne la mise en œuvre de moyens humains et matériels.

2) La prestation d'assistance dans le cadre de l'assistance transfrontière traditionnelle de bon voisinage reste inchangée.

*Article 2*

DÉFINITIONS

Au sens du présent Accord,

L'expression « Etat d'intervention » désigne l'Etat contractant dont les autorités compétentes demandent à l'autre son assistance;

L'expression « Etat d'envoi » désigne l'Etat contractant dont les autorités compétentes répondent à une demande d'assistance de l'autre Etat contractant;

Les termes « équipes de secours » ou « secouriste » désignent la ou les personnes que l'Etat d'envoi désigne pour la prestation de l'assistance;

L'expression « objets d'équipement » désigne le matériel et les véhicules destinés à l'intervention, ainsi que les biens à usage personnel et l'équipement personnel des équipes de secours;

L'expression « moyens de secours » désigne les biens destinés à être distribués gratuitement à la population touchée sur le territoire de l'intervention.

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1996, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vaduz le 26 octobre 1995, conformément au paragraphe 2 de l'article 18.

### Article 3

#### AUTORITÉS COMPÉTENTES

1) Les autorités compétentes pour la présentation et la réception des demandes d'assistance sont:

- Pour la République d'Autriche : Le Ministre fédéral de l'intérieur et le gouvernement du Land du Vorarlberg;
- Pour la Principauté du Liechtenstein : Le Gouvernement de la Principauté du Liechtenstein.

2) Les autorités des deux Etats contractants visées au paragraphe 1 sont autorisées à entrer en relation directe aux fins de la mise en œuvre du présent Accord.

### Article 4

#### ENTENTE AU SUJET DE LA PRESTATION DE L'ASSISTANCE

Au cours de la demande d'assistance, la nature et l'ampleur de l'assistance seront convenues entre les autorités visées au paragraphe 1 de l'article 3, sans qu'il soit besoin d'entrer dans les détails de la mise en œuvre.

### Article 5

#### MODES D'INTERVENTION

1) L'assistance sera fournie par l'envoi d'équipes de secours, de moyens de secours ou d'une autre manière appropriée.

2) Les équipes de secours peuvent intervenir pour lutter contre des incendies, des dangers nucléaires et chimiques, ou d'autres catastrophes et accidents graves, notamment à des fins d'aide médicale, de sauvetage, de dégagement ou de réparation provisoire. Elles doivent disposer, dans la mesure du possible, de la formation requise à cette fin ainsi que du matériel et des appareils spéciaux nécessaires.

### Article 6

#### PASSAGE DE LA FRONTIÈRE ET SÉJOUR

1) Les ressortissants d'une équipe de secours sont dispensés des obligations de passeport et de permis de séjour ou de visa. Seul le chef de l'équipe de secours pourra être tenu de justifier sa position au moyen d'un document.

2) En cas d'urgence particulière, la frontière peut aussi être franchie en dehors des postes frontaliers autorisés, sans considération de la réglementation en vigueur à ce sujet. Il conviendra alors d'en informer à la première occasion les organes compétents chargés de la surveillance des frontières.

3) Les équipes de secours sont autorisées à porter un uniforme sur le territoire de l'Etat d'intervention, dans la mesure où il fait partie de leur équipement habituel. Aucune arme à feu ni munition ne peut être emportée sur le territoire de l'Etat d'intervention.

4) Les facilités visées aux paragraphes 1 et 2 concernant le passage de la frontière valent également pour les personnes qui doivent être évacuées en cas de catastrophe ou d'accident grave.

#### Article 7

##### PASSAGE DU MATÉRIEL À TRAVERS LA FRONTIÈRE

1) Les Etats contractants faciliteront l'importation et l'exportation des objets d'équipement et des moyens de secours. Le chef de l'équipe de secours doit simplement, lors du passage de la frontière, présenter aux services de contrôle douanier de l'Etat d'intervention une liste énumérant les objets d'équipement et les moyens de secours emportés par l'équipe. Si, en cas d'urgence particulière, la frontière est franchie en dehors des postes frontaliers autorisés, il convient de le signaler à un service douanier compétent à la première occasion.

2) Les équipes de secours ne peuvent apporter avec elles aucune marchandise à part les objets d'équipement et les moyens de secours.

3) Les interdictions et restrictions régissant la circulation transfrontière des marchandises ne s'appliquent pas aux objets d'équipement ni aux moyens de secours. Les moyens de secours peuvent être importés dans l'Etat d'intervention en franchise de droits. Les objets d'équipement sont considérés comme admis pour l'utilisation provisoire dans l'Etat d'intervention sans procédure formelle ni versement d'une caution. Si des objets d'équipement sont consommés, ils restent exonérés de tous droits de douane et autres droits d'entrée; s'ils ne le sont pas, ils sont réexportés. Si des objets d'équipement sont abandonnés comme moyens de secours, il y a lieu d'indiquer leur nature et leur quantité ainsi que le lieu où ils se trouvent à l'autorité responsable de l'Etat d'intervention, laquelle en informe le service douanier compétent. Dans ce cas, la législation de l'Etat d'intervention s'applique.

4) L'importation de stupéfiants et de substances psychotropes dans l'Etat d'intervention et la réexportation des quantités non consommées vers l'Etat d'envoi sont également régies par les dispositions du paragraphe 3. Cette circulation n'est pas considérée comme importation ou exportation au sens de la Convention internationale contre le trafic des stupéfiants et des substances psychotropes<sup>1</sup>. Des stupéfiants et des substances psychotropes ne peuvent être emportés que pour répondre à un besoin médical urgent et ne peuvent être utilisés que par du personnel médical qualifié agissant conformément aux dispositions législatives de l'Etat contractant auquel appartient l'équipe de secours.

#### Article 8

##### INTERVENTIONS AU MOYEN D'AÉRONEFS

1) Des aéronefs peuvent être utilisés pour tous types d'interventions.

2) Chaque Etat contractant autorise les aéronefs utilisés à partir du territoire de l'autre Etat contractant conformément au paragraphe 1 à survoler son territoire ainsi qu'à atterrir et à décoller en dehors des aéroports douaniers et des terrains d'aviation autorisés.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1582, n° 1-27627.

3) L'intention d'employer des aéronefs pour une intervention de secours doit être notifiée sans délai à l'autorité requérante, avec des indications aussi exactes que possible sur le type et le numéro d'immatriculation de l'aéronef, l'équipage, le chargement, l'heure de décollage, l'itinéraire prévu et le lieu d'atterrissage.

4) Sont applicables *mutatis mutandis* :

a) Aux équipages et aux équipes de secours qui les accompagnent les dispositions de l'article 6;

b) Aux aéronefs et aux objets d'équipement et moyens de secours embarqués les dispositions de l'article 7.

5) Sous réserve des dispositions du paragraphe 2, la réglementation de chaque Etat contractant relative à la circulation aérienne est applicable, et notamment l'obligation de transmettre des informations de vol aux organes de contrôle compétents. Le plan de vol doit faire mention du présent Accord.

### Article 9

#### COORDINATION ET DIRECTION

1) La coordination et la direction des opérations de sauvetage et de secours incombe dans tous les cas aux autorités de l'Etat d'intervention.

2) Les instructions destinées aux équipes de secours de l'Etat d'envoi seront communiquées exclusivement aux chefs d'équipe.

3) Les autorités de l'Etat d'intervention accordent protection et assistance aux équipes de secours de l'Etat d'envoi.

### Article 10

#### FRAIS D'INTERVENTION

1) L'Etat d'envoi n'a, à l'égard de l'Etat d'intervention, aucun droit au remboursement des frais d'intervention. Il en est de même pour les dépenses dues à l'utilisation, à l'endommagement ou à la perte du matériel.

2) La première phrase du paragraphe 1 ne s'applique pas lorsque les frais des opérations de secours sont récupérés en tout ou partie. Les frais de l'Etat d'envoi sont remboursés en priorité.

3) Les frais d'intervention par des personnes physiques et morales fournies par l'Etat d'envoi uniquement sur demande sont à la charge de l'Etat d'intervention.

4) Pendant la durée des opérations dans l'Etat d'intervention, les équipes de secours de l'Etat d'envoi sont logés et nourries aux frais de ce dernier et elles sont approvisionnées en biens à usage personnel lorsque les stocks emportés sont épuisés. Elles reçoivent en cas de besoin une assistance logistique, y compris médicale.

### Article 11

#### INDEMNISATION ET DÉDOMMAGEMENT

1) Chaque Etat contractant renonce à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre Etat contractant ou de ses secouristes :



a) Pour dommage aux biens causé par un secouriste de l'autre Etat contractant dans l'accomplissement de sa mission;

b) Pour préjudice découlant d'une blessure, d'une atteinte à la santé ou du décès d'un secouriste en rapport avec l'accomplissement de sa mission.

2) Si, sur le territoire de l'Etat d'intervention, un dommage est causé à un tiers par un secouriste de l'Etat d'envoi dans l'accomplissement de sa mission, l'Etat d'intervention est responsable du dommage selon les dispositions qui s'appliqueraient si le dommage avait été causé par un de ses secouristes. L'Etat d'intervention qui a remboursé le dommage ne peut exercer de recours contre l'Etat d'envoi ou ses secouristes.

3) Les autorités des Etats contractants échangeront toutes les informations dont elles disposent sur les dommages visés au présent article.

### Article 12

#### PRISE EN CHARGE ET RÉADMISSION DES PERSONNES ÉVACUÉES

1) Les personnes qui, à l'occasion d'une catastrophe ou d'un accident grave, sont passées d'un Etat contractant dans l'autre en tant que personnes évacuées bénéficient dans cet Etat de la prise en charge sociale nécessaire jusqu'au moment où la première occasion leur est donnée de rentrer. L'Etat de départ rembourse les frais de prise en charge et de rapatriement de ces personnes, à moins qu'il ne s'agisse de ressortissants de l'autre Etat contractant.

2) Chaque Etat contractant réadmettra les personnes qui sont passées de son territoire dans celui de l'autre Etat contractant en tant que personnes évacuées. Si ces personnes ne sont pas des ressortissants de l'Etat contractant qui procède à la réadmission, elles conserveront le même statut d'étrangers qu'avant d'avoir franchi la frontière.

### Article 13

#### AUTRES FORMES DE COOPÉRATION

1) Les autorités visées à l'article 3 coopéreront conformément à leur législation intérieure, notamment :

a) Pour mettre en œuvre l'assistance;

b) Pour prévenir et combattre les catastrophes ou les accidents graves, en échangeant toutes les informations scientifiques et techniques utiles et en prévoyant des réunions, des programmes de recherche, des cours spécialisés et des exercices d'intervention sur le territoire des deux Etats contractants;

c) Pour échanger des informations sur les dangers et les dommages qui pourraient menacer le territoire de l'autre Etat contractant; cet échange d'informations inclut la communication à titre préventif de données techniques.

2) Les dispositions du présent Accord s'appliquent *mutatis mutandis* aux exercices communs au cours desquels les équipes de secours d'un Etat contractant se rendent sur le territoire de l'autre.

*Article 14*

## TÉLÉCOMMUNICATIONS

Les autorités compétentes des Etats contractants prennent en commun les mesures nécessaires pour permettre les télécommunications, et en particulier les communications radio, entre les autorités visées à l'article 3, entre ces autorités et les équipes de secours envoyées par elles, entre les équipes de secours elles-mêmes et entre les équipes de secours envoyées et la direction de l'intervention.

*Article 15*

## RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS

Les différends relatifs à l'application du présent Accord qui ne peuvent être réglés directement par les autorités visées à l'article 3 le seront par voie diplomatique.

*Article 16*

## DÉNONCIATION

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée et peut être dénoncé à tout moment par écrit et par la voie diplomatique; il cessera de produire ses effets six mois après sa dénonciation.

*Article 17*

## AUTRES DISPOSITIONS CONTRACTUELLES

Les dispositions contractuelles bilatérales existant entre les Etats contractants restent inchangées, de même que les accords multilatéraux dans la mesure où le présent Accord ne prévoit pas d'autres dispositions.

*Article 18*

## ENTRÉE EN VIGUEUR

1) Le présent Accord sera ratifié. Les instruments de ratification seront échangés à Vaduz.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois où les Etats contractants auront échangé les instruments de ratification.

FAIT à Vienne le 23 septembre 1994 en deux exemplaires originaux en langue allemande.

Pour la République  
d'Autriche :

HERBERT GRUBMAYR

Pour la Principauté  
du Liechtenstein :

MARIO VON LEDEBUR-WICHELN